

XIX. Beirat beim Ortsamt Burglesum
Niederschrift über die 39. Beiratssitzung am 23.10.2018
Sitzungsraum des Ortsamtes Burglesum, Oberreihe 2, 28717 Bremen
Beginn 19:00 Uhr – Ende 21:25 Uhr

Anwesend waren
die Damen und Herren Beiratsmitglieder
R.Hennig, M. Pacaci, R. Kurpjuhn-
B. Hornhues, M. Hornhues, H. Lürßen, J. Eckert, M. Freihorst-
B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt -
R. Tegtmeier –
A. Müller-Lang–
H. Boll –

Vorsitzender Herr Boehlke vom Ortsamt Burglesum
Protokoll Frau Tietjen vom Ortsamt Burglesum

Gäste:

Michael Steines, Leiter Abteilung Nord/West Polizei Bremen
Ralph Dziemba, Polizeirevier Lesum
Michael Bürger, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Klaus Koch, Bauamt Bremen-Nord
Lars Lemke, BPW baumgart + partner
Niko Hrkalovic, BPW baumgart + partner
Olaf Mosel, M Projekt GmbH & Co.KG
Jens Crome, M Projekt GmbH & Co.KG

*

Herr Boehlke eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke weist auf Tonaufnahmen zur Erstellung des Protokolls hin. Wer keine Aufnahme seines Wortbeitrages wünscht, wird um Mitteilung gebeten. Die Aufnahme wird dann unterbrochen.

Genehmigung der Tagesordnung:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wurde mit der Einladung des Ortsamtes am 12.10.2018 verschickt.

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls vom 18.09.2018

Beschluss: *(einstimmig bei einer Enthaltung)*
Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Bürger A:

Bebauungsplan 1278 in Lesum, Hindenburgstraße 2-6. Der dem Bebauungsplan beiliegende Plan ist fehlerhaft.

1. In dem Plan endet die „Alte Ihle“ an der Hindenburgstraße und fließt, durch einen blauen Pfeil gekennzeichnet, nach Norden. Dies ist falsch, Die alte Ihle entwässert die tiefste Stelle des Ihletals und fließt unterirdisch nach Süden und vor dem Bahndurchlass der Ihle in diese.
2. Der südliche Teil des Plangebietes wird nach der Risikokarte HQ 20 überflutet.

Aus Hochwasserschutzgründen halten wir es für dringend erforderlich dies bei der Bebauung zu beachten und in irgendeiner Form darzustellen, um Fehlplanungen zu vermeiden.

Eine Nichtbeachtung des Hochwasserschutzes kann die nördlich der Hindenburgstraße liegenden Grundstücke gefährden, aber auch den Bahndamm.

TOP 3: Vorstellung des neuen Leiters der Abteilung Nord/West der Polizei Bremen, Herr Michael Steines

Herr Boehlke begrüßt Herrn Steines und Herrn Dziemba.

Herr Steines ist seit dem 1. September 2018 neuer Leiter der Abteilung Nord/West und seit 40 Jahren bei der Polizei, davon 25 Jahre in leitender Position. Ziel seiner Arbeit ist es, Reformen Schritt für Schritt umzusetzen und dabei die Menschen mitzunehmen. Er wird zwischen drei und vier Jahren bleiben und dann in den Ruhestand gehen.

Ralph Dziemba ist seit dem 15. Oktober 2018 neuer Leiter des Polizeireviers Lesum. Er teilt mit, dass es sein Wunsch gewesen ist, in Lesum die Stelle des Revierleiters zu übernehmen:

Herr Hennig verweist auf die Forderung des Beirates, eine zusätzliche Kontaktpolizistenstelle in Burglesum einzurichten. Herr Steines versichert, dass die Lücken bei der Nachbesetzung von Kontaktpolizistenstellen gefüllt werden, allerdings erst ab 2019/2020. Von der Forderung des Beirates nach einer zusätzlichen Stelle ist ihm noch nichts bekannt und er kann daher hierzu zurzeit keine Aussage tätigen.

Frau Boll kritisiert, dass jetzt innerhalb kürzester Zeit wieder ein neuer Leiter des Polizeireviers Lesum da ist, sie wünscht sich mehr Beständigkeit bei der personellen Besetzung.

Frau Hornhues regt an, dass im Rahmen der Umstrukturierung der Polizei eine Digitalisierung stattfinden sollte.

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 4: Sachstand zum geplanten Lückenschluss der Lärmschutzwand in der Grönlandstraße

Herr Boehlke begrüßt Herrn Michael Bürger vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr. Er erinnert daran, dass der Lückenschluss in Grambke, insbesondere entlang der Grönlandstraße stets Forderung des Beirates Burglesum war und ist. Es gab einen Versuch vom damaligen Staatsrat Wolfgang Golasowski, die Bahn über das Bundesverkehrsministerium zu beauftragen. Leider ist der Lückenschluss der Lärmschutzwand in diesem Bereich gescheitert.

Der Lärmschutz entlang der Grönlandstraße hat im jetzigen kommunalen Programm erste Priorität.

Herr Bürger stellt eine Präsentation vor (s. Anlage 1).

Herr Bürger schildert, dass sich die Kosten der Installierung der 420 Meter langen Lärmschutzwand auf € 500.000,00 belaufen. Die Lärmschutzwand wird auf dem Grundstück der Vonovia errichtet. Ungeklärt ist die Pflegeunterhaltung der Wand. Die Vonovia ist grundsätzlich bereit, ihr Grundstück zur Verfügung zu stellen, allerdings ist der Unterhaltungsträger noch nicht gefunden.

Herr Hornhues stellt fest, dass dringend eine Entscheidung herbeigeführt werden muss und alles andere keinen Sinn macht.

Frau Schnaubelt möchte wissen, wie hoch die Unterhaltungskosten geschätzt werden.

Herr Bürger kann die Höhe konkret nicht nennen. Es handelt sich um ein Metallbauwerk, das sicher ca. 25 Jahre hält und mal gestrichen werden muss. Auf das Jahr gesehen ist eher mit einem vierstelligen Bereich zu rechnen.

Herr Kurpjuhn findet das man berücksichtigen muss, dass es auf der Seite Grönlandstraße keine Abschirmung des Gleises. Es könnten Kinder auf das Gleisbett gelangen. Herr Bürger erläutert, dass trotz Wand Öffnungen da sein würden.

Frau Punkenburg fragt, ob das Projekt scheitert, wenn kein Unterhaltungsträger sich bereit erklärt. **Herr Bürger** hofft, dass sich eine Lösung finden wird, die Maßnahme nicht zu verschieben.

Herr Boehlke verweist auf die Deputationsvorlage Ende 2017, in der steht, dass die die Maßnahme bis Ende 2019 fertig gestellt sein muss. Entsprechend des engen Zeitfensters kann nur eine Installation auf Privatgrund mit der dazugehörigen Übernahme der Unterhaltung durch die Stadtgemeinde erfolgen.

Herr Tegtmeier meint, dass die Unterhaltungskosten nicht so hoch sein können. Daran sollte die Maßnahme nicht scheitern.

Frau Hornhues möchte wissen, bis wann Herr Bürger eine Entscheidung braucht, damit das Projekt fertig gestellt werden kann. Herr Bürger geht von Ende November 2018 aus um im Januar in die konkrete Planung einzusteigen.

Frau Boll fragt ob die Gelder nach Abschluss des Baues gezahlt werden. Herr Bürger teilt mit, dass der Bau erst fertig gestellt sein muss.

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat nimmt den Bericht zur Kenntnis und fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Frage der Zuständigkeit und Unterhaltung der Lärmschutzwand umgehend zu klären, um eine zügige Fertigstellung des Lückenschlusses der Lärmschutzwand in der Grönlandstraße bis Ende 2019 sicherzustellen.

TOP 5: Vorhabenbezogener Bebauungsplan 107

(zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von 39 Einfamilienhäusern für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen

- An Rauchs Gut

- Auf dem Hohen Ufer

- östlich Finkenschlag

Hier: Beteiligung des Beirates als Träger öffentlicher Belange

Herr Boehlke begrüßt die Anwesenden Vertreter der Baubehörde, des Planungsbüros und des Investors.

Herr Boehlke fasst zusammen, dass inzwischen nicht mehr 41 Wohneinheiten, sondern nur noch 39 Wohneinheiten geplant sind. Die Einwohnerversammlung fand gemäß BauGB am 08.05.2018 statt. Heute ist die Stellungnahme des Beirates als Träger öffentlicher Belange gefordert.

Herr Koch gibt zunächst einen Rückblick auf die bisherigen Arbeiten der Stadtplanung zu diesem Bebauungsplan.

Herr Lemke präsentiert den jetzigen Planungsstand (s. Anlage 2).

Frau Schnaubelt fragt, ob Erhaltungsbäume auch ersetzt werden müssen und begrüßt die Festsetzung einheimischer Heckenarten. Dies bestätigt Herr Lemke. **Frau Müller-Lang** fragt nach öffentlichen Plätzen zum Parken, wo diese vorgesehen sind. Herr Lemke antwortet, dass öffentliche Plätze im Wendehammer und in der Straße angelegt werden.

Frau Hornhues möchte wissen, wieviel Stellplätze insgesamt gebaut werden und regt einen zukunftsfähigen Breitbandausbau für das Gebiet an.

Herr Lemke teilt mit, dass es 64 private Stellplätze geben wird. **Herr Koch** kann zum Breitbandausbau keine Auskunft geben, da dieser nicht in die Zuständigkeit des Bauamtes fällt.

Herr Hennig fragt, ob ein Spielplatz für das Gebiet vorgesehen ist. Herr Lemke teilt mit, dass es bereits einen großen Spielplatz in der Nachbarschaft gibt. Im Baugebiet wird die Straße als Spielstraße ausgewiesen und die Häuser haben große Gärten. Es besteht daher keine Notwendigkeit für die Errichtung eines Spielplatzes. Eine Aufwertung des benachbarten Spielplatzes wäre eine Verhandlungssache im Durchführungsvertrag.

Herr Mosel erklärt, dass er seitens des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr regelmäßig ohne Rechtsgrundlage dazu aufgefordert wird und er der Forderung nachkommt.

Frau Lürßen gibt den Hinweis, dass für den Spielplatz am Rauchs Gut eine Nestschaukel gewünscht wird. Sie möchte außerdem wissen, aus welchem Material der Straßenbelag sein wird.

Herr Mosel antwortet, dass es eine gepflasterte Straße wird. **Herr Boehlke** fragt, ob es richtig ist, dass die Müllfahrzeuge durch das Gebiet fahren sollen und die Straße mit einem Absperrpoller gesichert wird. Wie soll sichergestellt werden, dass der Poller dann auch wieder installiert wird und nicht einfach liegen gelassen wird.

Herr Lemke sagt, dass diese Gewährleistung nicht in einem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan regelbar ist.

Ein Bürger aus der Meierhofstraße fragt, ob der fließende und ruhende Verkehr in der Umgebung berücksichtigt wurde. Es besteht die Befürchtung, dass in den ohnehin dicht geparkten Nebenstraßen noch mehr Autos parken werden. Bereits jetzt werden dadurch die Gehwege beschädigt.

Herr Koch teilt mit, dass es keine Planungsnotwendigkeit gibt, da der Verkehrsabfluss unproblematisch ist. Die Stadtgemeinde Bremen kann nicht für jede Wohneinheit zwei bis drei Stellplätze zur Verfügung stellen. **Herr Lemke** ergänzt, dass es im Plangebiet zehn öffentliche Stellplätze geben wird.

Herr Hornhues fordert, dass nicht die untere Grenze an Stellplätzen zur Verfügung gestellt wird, sondern eine maximal machbare Anzahl errichtet wird.

Aus dem Publikum wird gefragt, ob bei der Ausweisung als allgemeines Wohngebiet Homeoffice-Dienstleister ausgeschlossen sind. Herr Lemke erklärt, dass diese grundsätzlich gemäß § 13 BauGB (Räume für freie Berufe) zulässig sind, es aber im Einzelfall im Ermessen der Genehmigungsbehörde liegen wird.

Herr Hornhues verliert einen Beschlussvorschlag nach einer 10minütigen Sitzungsunterbrechung.

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat begrüßt grundsätzlich die Planungen. Folgende Punkte sollten berücksichtigt werden:

- 1. Ein zukunftsweisender Breitbandausbau im Gebiet*
- 2. Das Amt für Straßen und Verkehr wird gebeten, die maximal mögliche Anzahl von öffentlichen Stellplätzen in diesem Gebiet vorzugeben.*
- 3. Der Beirat begrüßt die Bereitschaft der Investoren, sich an der Verbesserung der Situation der umliegenden öffentlichen Spielplätze zu beteiligen.*
- 4. Es muss gewährleistet werden, dass der Klappfahl zur Sperrung als Durchgangsstraße nach Nutzung durch die Entsorgungsbetriebe zwingend wieder hochgeklappt wird. Darauf sind die Entsorgungsbetriebe nachdrücklich hinzuweisen.*

TOP 6: Anträge

TOP 6.1: „Antrag zur Änderung der Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs an Gewässern im Land Bremen“ (Gemeinsamer Antrag)

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr eine Änderung der Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs an Gewässern im Land Bremen dahingehend zu initiieren, dass zukünftig an Badegewässern das Baden von Hunden innerhalb speziell gekennzeichneten Bereichen in ausreichender Entfernung zu Badestränden und Liegewiesen ganzjährig gestattet ist.

Die jeweilige Gestattung sowie die Kennzeichnung des Bereichs sind mit dem jeweiligen zuständigen Beirat abzustimmen.

TOP 6.2: „Antrag zur Barrierefreiheit am Bahnhof St. Magnus“ (Gemeinsamer Antrag)

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat Burglesum begrüßt die wieder aufgenommene intensive Bearbeitung des Beiratsbeschlusses durch das Amt für Straßen und Verkehr sowie den nochmaligen Austausch im Sprecherausschuss.

Das Ziel des Beirates Burglesum bleibt weiterhin die Schaffung eines sicheren und barrierefreien P+R-Platz.

Der Beirat erneuert entsprechend den Grundsatz seines Beschlusses vom 19.06.2018 und erwartet bei der Umsetzung der Gesamtkonzeption die vollständige Barrierefreiheit des P+R-Platzes durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

Er erwartet nun vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ein gleichlautendes Bekenntnis, dass neben dem Herstellen der Barrierefreiheit auch die Parkplatzsituation am Bhf. St. Magnus nachhaltig verbessert wird sowie eine konkrete Umsetzungsplanung in „bezahlbaren“ Phasen bzw. die zeitnahe Bereitstellung von Haushaltsmitteln für diese Maßnahmen.

Folgende kurzfristige Maßnahmen sind entsprechend zu prüfen und nach Rücksprache umzusetzen:

- 1. Versetzung der Recycling-Container innerhalb des P+R-Platzes für eine bessere Sichtverbindung zur Straße Am Bahnhof St. Magnus.*
- 2. Erstellung eines Vorschlags zur Regelung des derzeitigen ruhenden Verkehrs für den Bereich Ulenweg und im Kreuzungsbereich Raschenkampsweg/ Kastanienallee.*
- 3. Prüfung zur Errichtung einer Aufpflasterung im Kreuzungsbereich Raschenkampsweg/ Ulenweg zur Verbesserung der Fußgänger*innen-Überwegung und der Straßeneinsicht in Richtung Raschenkampsweg.*
- 4. Umfangreicher und regelmäßiger Grünschnitt im Bereich des P+R-Platzes*

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird darüber hinaus aufgefordert, die Planungen und baurechtlichen vorbereitenden Maßnahmen unverzüglich zu beginnen, um den P+R-Platz

nach vorne in Richtung Am Bahnhof St. Magnus zu erweitern und die dafür erforderlichen Mittel mittelfristig, d.h. im nächsten Doppelhaushalt, bereitzustellen.

Auf die Herstellung der zweiten Zufahrt wird vorerst verzichtet. Eine erneute Prüfung der Umsetzung wird erwartet, wenn der erweiterte Parkplatz mit einer Zuwegung nicht mehr auskommt.

Zur Verstärkung des Beiratswillens fordert der Beirat den Senator für Inneres auf, nach Umsetzung von Nummer 2 der kurzfristigen Maßnahmen (Regelung des ruhenden Verkehrs im Kreuzungsbereich) durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, mit den in Burglesum eingesetzten Kräften zur Überwachung des ruhenden Verkehrs vor Ort regelmäßig eine Überwachung durchzuführen und dem Beirat über das Ergebnis zu berichten.

TOP 6.3: „Durchgangsverkehr am Helsingborger Platz unterbinden“ (SPD-Fraktion)

Herr Besecke begründet den Antrag. Es folgt eine Diskussion mit **Frau Boll, Herrn Kurpjuhn, Frau Schnaubelt, Herrn Hennig und Frau Hornhues** über die Formulierung des Antrages, konkret die Nennung „technische Maßnahmen, wie zum Beispiel versenkbare Poller“. Diese Formulierung sei zu konkret, das Amt für Straßen und Verkehr sollte ohne Vorgaben prüfen. Die Installierung eines Pollers wird für zu kostenintensiv gehalten. Der Beirat verständigt sich auf die Streichung der Worte.

Beschluss (einstimmig):

Der Beirat Burglesum bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zusammen mit dem Amt für Straßen und Verkehr zu prüfen, inwieweit der bereits schon jetzt unerlaubte Pkw-Durchgangsverkehr am Helsingborger Platz zwischen der Helsingborger Straße und Kopenhagener Straße effektiv unterbunden werden kann.

Muss eine Durchfahrt für den ÖPNV weiterhin gewährleistet bleiben, so sind andere Maßnahmen, zu prüfen.

Der Beirat bittet um Vorstellung des Prüfergebnisses und, im Hinblick auf eine mögliche Finanzierung durch das ASV-Stadtteilbudget, dabei auch um eine Kostenaufstellung.

TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

- Antwort des ASV zum Beschluss des Beirates vom 23.10.2018
- Zusätzliche sozialpädagogische Mitarbeiterin (halbe Stelle) für das ÜWH / Jugendzentrum Burglesum ab dem 01.10.2018
- Samstag, 10.11.2018, 11:00 Uhr: Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht am Goldbergplatz
- Sonntag, 18.11.2018, 15:00 Uhr: Kranzniederlegung zum Volkstrauertag an der Lesumbroker Landstraße
- Keine zusätzliche Beiratssitzung am 13.11.2018

TOP 8: Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Hornhues berichtet von einem Termin der Bremen-Norder Beiratssprecher bei dem Senatsbeauftragten für Bremen-Nord, Herrn Martin Prange. Das Integrierte Struktur- und

Entwicklungskonzept geht in die nächste Runde. Im Senat wurden Änderungen beschlossen. Inhaltlich ist man zurzeit nicht weitergekommen.

Der nächste Regionalausschuss Bremen-Nord wird das Thema Berufsbildende Schulen auf die Tagesordnung nehmen.

TOP 9: Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder in stadtteilbezogenen Angelegenheiten

9.1: **Frau Müller-Lang** möchte einen Sachstand bezüglich Sanierung der Sporthallen „Im Föhrenbrok“ und der „Alwin-Lonke-Halle“.

9.2: **Frau Hornhues** möchte einen Sachstand zur Baustelle AS Lesum St. Magnus. Dort sind seit vielen Tagen keine Bautätigkeiten zu beobachten.

Ende der Sitzung 21:25 Uhr.

gez. Boehlke
Vorsitzender

gez. Hornhues
Sprecher des Beirates

gez. Tietjen
Protokoll